

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P. XXV. 63

Bonn, den 6. April 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

KARL GRAF von SPRETI 42

Eine ruchlose Tat - Zur Ermordung des deutschen  
Botschafters in Guatemala

Den Nutzen hat die Reaktion 43

Die Krise im Verband Deutscher Studentenschaften dauert an

Von Josef Benzinger

B A Y E R N 63

Wo bleibt das Naherholungs-Programm?

Paris diskutiert "Mittelmeermanifest" 63

Nach Abzug der amerikanischen und sowjetischen Flotten

Von Georg Scheuer, Paris

A N H A N G

Zeitungen und Zeitgeschichte 50

Eine Untersuchung über die Zeitungen der US-Armee für Deutsche

KARL GRAF VON SPRETI †  
-----

Eine ruchlose Tat - Zur Ermordung des deutschen Botschafters  
in Guatemala

sp - Das Unfaßbare ist geschehen. Eine Welle des Entsetzens geht über die zivilisierte Welt. Der feige Mord an dem deutschen Botschafter in Guatemala, Karl Graf von Spreti, muß alle Menschen zu tiefst aufrütteln, die sich Sorgen um den Zustand der heutigen Welt machen. Noch am Sonntagabend hatte die Bundesregierung die Hoffnung, die Fanatiker, in deren Gewalt sich der Botschafter befand, würden vor dem Schlimmsten zurückschrecken. Diese Hoffnung trug. Der bewegende Appell von Bundeskanzler Willy Brandt an das Volk und die Regierung von Guatemala fand keine Resonanz. Es trug auch die Hoffnung, die Regierung von Guatemala würde das Äußerste tun, um den seit Tagen angedrohten Mord doch noch zu verhindern. Vielleicht hat sie es versucht, doch niemand kann es zu dieser Stunde wissen. Sie widersetzte sich der Forderung der Terroristen, eine bestimmte Anzahl von politischen Gefangenen freizulassen.

So wurde Karl Graf von Spreti, ein hochverdienter Mann, zum Opfer innenpolitischer Auseinandersetzungen von Guatemala. Übrigens nicht das erste Opfer. Mörder löschten vor wenigen Monaten das Leben des amerikanischen Botschafters aus.

Die Sicherheit von Leib und Leben der Diplomaten gehört zu den elementarsten Voraussetzungen der Beziehungen zwischen Völkern und Staaten. Diese Sicherheit wird in wachsendem Maße von hemmungslosen Fanatikern gefährdet. Die Entführung von Diplomaten, um sie als Geiseln im Kampf gegen innenpolitischen Gegner zu benutzen, macht Schule.

Die Mörder und Kidnapper bezeichnen sich gern als Revolutionäre. Sie wollen eine für sie unerträgliche Gesellschaftsform ändern und beantworten den Terror der Herrschenden mit Gegenterror; das ist eine Schraube ohne Ende. Aber was sind das für Revolutionäre, die Unschuldige, Vertreter fremder Regierungen feige ermorden? Sie schänden damit ihre eigene Revolution.

Trauer und Mitgefühl des deutschen Volkes gehören in diesen Stunden den Angehörigen des ermordeten Botschafters. Die Sprache reicht nicht aus, derer und unserer Entsetzen über diesen ruchlosen Mord zu erfassen. An der Bahre Graf von Spretis nimmt die ganze zivilisierte Welt Abschied von einem Mann, der seinem Volk treu diente; ihm bleibt ein ehrendes Andenken sicher. Dieser Mord läßt uns alle bewußt werden, in welch unsicheren Zeiten wir leben.

+ + +

## Den Nutzen hat die Reaktion

Die Krise im Verband Deutscher Studentenschaften dauert an

Von Josef Benzinger

In Göttingen hat der Verband Deutscher Studentenschaften (vds) offenbar kein Glück: Im Sommer 1969 übernahmen hier die SDS-Bankrotteure den Vorstand, jetzt verhinderte die Freiburger Studentenschaft die 22. ordentliche Mitgliederversammlung und die geplante Ersatzveranstaltung durch Gerichtsbeschluß - aus wenig einsichtigen Gründen. Durch derlei Manöver ist der "linke" Pluralismus, wie er derzeit besteht (immer noch die Mehrheit: SDS- und Basisgruppenvertreter, SHB, DKP-Spartakus), sicher nicht zu beseitigen, da selbst eine korrekte Einladungspraxis die Mehrheitsverhältnisse nicht wesentlich verändert hätte. Andererseits haben gemäßigte Studentenschaften im vds zur Zeit nur eine Pflicht, die Beitragszahlung, aber kaum Rechte, d.h. Mitwirkungsmöglichkeiten. Einen "bürgerlichen" Pluralismus gibt es weder in der geltenden Satzung, sofern diese die angemessene Beteiligung aller politischen Gruppen garantieren soll, noch in der Verbandsarbeit. Doch erweist sich selbst die linke Vielfalt für Doktrinäre als unpraktikabel. So gebührt das zweifelhafte Verdienst, ein Ergebnis verhindert zu haben, nicht nur den Freiburgern: Auch die Kompromißfeindlichkeit bei der Vertretung sachlicher und personeller Forderungen, wie sie im gesamten linken Spektrum zu beobachten war, hat ihren Anteil am Mißerfolg.

Dem weiter amtierenden Notvorstand ist eine Konsolidierung des Verbandsapparats zweifellos gelungen: sechs Studentenschaften haben in Göttingen ihren Beitritt erklärt, mehrere sind noch mit Beiträgen im Rückstand, so daß die finanzielle Basis auch ohne Zuschüsse der Bundesregierung als annähernd gesichert erscheint. Mit 52 Mitglied-hochschulen repräsentiert der Verband derzeit ca. 200.000 Studierende. Da die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Studentenschaften nur noch ein Schattendasein fristet, wird der vds in zunehmendem Maß wieder attraktiv, insbesondere für diejenigen Gruppen, die ihn einseitig zu instrumentalisieren versuchen. Das letztere freilich bedeutet, selbst wenn der Schwerpunkt auf der Hochschulpolitik liegt, die langsame Liquidierung des Dachverbands.

Die schwierigsten Probleme stehen somit nach wie vor auf der Tagesordnung: Bedeutet der "linke" Pluralismus eine definitive politische Weichenstellung, so wird der vds von selbst zum "sozialistischen Kampfverband" und verliert damit seine studentenschaftliche Funktion. Erfasst der Verband hingegen das breite Spektrum politischer Auffassungen in der Studentenschaft (es ist immer noch breit genug), so hat er noch am ehesten die Möglichkeit zur Durchsetzung wenigstens eines Teils seiner hochschulpolitischen Vorstellungen einschließlich der damit verbundenen gesellschaftspolitischen Implikationen. Unverantwortlich ist allerdings die Förderung einer künstlichen Polarisierung: Daraus nährt sich, wie man weiß, sehr schnell die Reaktion.

B A Y E R N

Wo bleibt das Naherholungs-Programm?

spk - In einigen Wochen wird die neue Badesaison beginnen. Wie in früheren Jahren werden sich an heißen Frühlings- und Sommertagen die Menschen an den noch zugänglichen Stellen der bayerischen Flüsse und Seen zusammendrängen. Das von der SPD angestrebte Gesetz zur Ausführung des Artikels 141 der Bayerischen Verfassung sieht indessen zum dritten Mal einem feierlichen Staatsbegräbnis entgegen. Wie in den vorhergehenden Wahlperioden verstand es die CSU auch diesmal, den Gesetzentwurf zu sabotieren. Eine Änderung ist allerdings insofern eingetreten, als die CSU ihr starres Nein in der Frage der Freihaltung und Freimachung der Seeufer nicht länger aufrechterhalten konnte. In seiner kürzlichen Regierungserklärung kündigte Ministerpräsident Goppel sogar ein Programm für die Naherholung an. "Mit 20 Millionen DM", so hieß es in seiner Rede, "soll noch in diesem Jahr die Ausführung von Vorhaben durch Kommunen, Verbände und Vereine angeregt und erleichtert werden."

Schon bei einer genauen Durchsicht des Nachtragshaushaltes war festzustellen, daß für das Jahr 1970 weder ein Programm noch 20 Millionen Mark vorhanden sein konnten. Die Regierung setzte nämlich Globalsummen ein, die sich auf drei Ministerien verteilen. Hätte tatsächlich ein Programm zur Verfügung gestanden, wären die Haushaltsmittel auf die geplanten Einzelmaßnahmen aufgeteilt worden, wie dies bei den übrigen Haushaltspositionen auch üblich ist. Vor allem hätten die Gelder rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden müssen. Noch nicht einmal jetzt, Anfang April, kann die Regierung sagen, welcher Betrag z.B. für den Ankauf von Seeufergrundstücken in diesem Jahr zur Verfügung steht. Selbstverständlich ist es gar nicht mehr möglich, daß ein solches "Programm" noch in diesem Jahr für die Erholungssuchenden wirksam werden könnte.

Erst kürzlich mußte der Geschäftsführer des für den Großraum München zuständigen "Vereins zur Sicherstellung überörtlicher Erholungsgebiete" resignierend bekanntgeben, daß es angesichts der geringen staatlichen Unterstützung im Jahre 1970 nicht möglich sei, daß ganze bereits erworbene Gelände am Ostufer des Starnberger Sees für die badefreudige Bevölkerung herzurichten. Der Grund wurde von der Stadt München und den anderen Mitgliedergemeinden im vorigen Jahr

um 700.000 DM erworben. Der Verein weiß bis heute noch nicht, mit welchem Zuschuß er aus dem großspurig angekündigten Regierungsprogramm rechnen kann. Im Übrigen hat der Verein in den vergangenen Jahren allein für die Umgebung von München soviel Mittel für die Freimachung von Seeufer aufgewandt wie der Staat für ganz Bayern. Da die Verfassung Staat und Gemeinden in gleicher Weise zu dieser Aufgabe verpflichtet, ist die Feststellung berechtigt, daß die Bayerische Regierung ihre Pflicht grob vernachlässigt hat.

Im Übrigen wird wahrscheinlich dieses "Programm" für Hunderte von Gemeinden eine herbe Enttäuschung sein, sofern sie sich von den angekündigten 20 Millionen DM beeindruckt ließen. Für das Erholungsprogramm wurden tatsächlich 5,5 Millionen in den Nachtragshaushalt für das Jahr 1970 eingesetzt. Dazu kommen 4,5 Millionen DM, die aber erst frühestens im Rechnungsjahr 1971 zur Zahlung fällig werden. Das andere sind zinsverbilligte Darlehen aus dem Gewinn der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt. Die für 1970 tatsächlich zur Verfügung stehenden Mittel dürften dabei nur zu einem geringen Teil für den Zweck der "Sicherung des freien Zugangs zu den Seen und anderen Naturschönheiten" ausgegeben werden. Sie sind nämlich außerdem bestimmt für die Errichtung von Dauerkleingärten und Kleinsiedlungsgärten, für strukturverbessernde Maßnahmen zur Förderung des Wohn- und Freizeitwertes von Gemeinden, für den Ausbau und die Erhaltung des Nationalparks Bayerischer Wald und für die Anlage und Unterhaltung von Wanderwegen, Kraftfahrzeugparkplätzen, Rastplätzen, Liegewiesen usw. Was für Zuschüsse zum Ankauf von Seeufergrundstücken übrig bleibt, ist noch unbekannt. Es dürfte sich jedoch lediglich um eine bescheidene Erhöhung der bisher zur Verfügung stehenden Mittel handeln.

Nachdem nun mehrere Wochen kräftig die Trommeln gerührt wurden, muß sich die Bayerische Regierung endlich dazu bequemen, mit ihrem "Programm" herauszurücken, sofern sie überhaupt ein solches besitzt.

+ + +

Paris diskutiert "Mittelmeermanifest"

Nach Abzug der amerikanischen und sowjetischen Flotten

Von Georg Schauer, Paris

Ein Arbeitsdokument über "Europas Sicherheit und die Lage im Mittelmeer" erregt derzeit heftige Debatten in Frankreich. Es wurde vorgelegt von der "Bewegung für Europas Unabhängigkeit", der außer zahlreichen gaullistischen Abgeordneten auch sieben Ex-Minister de Gaulles angehören, unter ihnen Verteidigungsminister Messmer. Auch linksgerichtete, der KPF nahestehende Persönlichkeiten sind im "Mouvement pour l'Indépendance de l'Europe" vertreten.

Die zentrale These des Dokumentes lautet, die europäische Sicherheit hänge von politischen, militärischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gegebenheiten ab; Atlantik, Ost-West-Probleme und Mittelmeer bildeten den Rahmen dazu. Der vorliegende Bericht befaßt sich ausschließlich mit diesem letzten Punkt.

Thesen

In drei Thesen wird die gegenwärtige Lage im Mittelmeer beschrieben: Erstens: Von Gibraltar bis Zypern gebe es für Europa keine Sicherheit, wenn die gegenüberliegende Küste von feindlichen Kräften beherrscht oder benützt werde oder wenn "auswärtige Mächte" Spannungen schaffen oder fördern. (Unter "auswärtigen Mächten" sind in erster Linie die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion mit ihren Flotteneinheiten gemeint.) Parallel dazu gebe es für die "arabischen Staaten von Libanon bis Marokko keine Sicherheit", wenn Europa in diesem Raum imperiale Ziele verfolge. Quintessenz: "Sicherheit und Unabhängigkeit der beiden Mittelmeerküsten ergänzen einander gegenseitig und direkt".

Zweitens: Die Mittelmeerländer müßten somit "untereinander und ohne äusseren Einfluß durch bilaterale und multilaterale Verträge ein regionales Sicherheitssystem herstellen".

Drittens: Auch auf wirtschaftlicher Ebene seien Europa und die arabischen Länder "zwei komplementäre Zonen". Einerseits habe Europa einen "stark wachsenden Bedarf an arabischem Öl", andererseits könnten die Araberstaaten im Austausch von Europa "fast alle Erzeugnisse" bekommen, die sie für ihre Entwicklung und Modernisierung brauchen. Als Musterbeispiel hierfür werden die französisch-algerische Zusammenarbeit und die bilateralen Beziehungen Frankreichs mit anderen arabischen

Staaten genannt.

Diese drei Thesen münden in die Forderung nach Abschluß eines Mittelmeer-Sicherheitspakts mit "gegenseitigen Garantien in Voraussetzung eines Abzuges der amerikanischen und sowjetischen Flotten".

#### Forderung für Nahost

Das gleiche Manifest befaßt sich mit dem Nahostkonflikt. Die arabische Welt befinde sich seit einem Vierteljahrhundert im Kriegszustand "infolge Gründung eines unabhängigen Staates Israel durch Europäer jüdischen Ursprungs auf palästinensischem Boden, von dem hunderttausende palästinensische Bürger, Mohammedaner und Christen, verdrängt wurden".

Nichtsdestoweniger sei die Existenz Israels heute im Nahen Osten "ein Faktum", das nicht mehr rückgängig gemacht werden könne, wobei jedoch der Abzug der Israelis aus den nach dem Sechstagekrieg besetzten Gebieten mit Nachdruck zu fordern sei.

Zusätzlich erklärten dieser Tage der frühere gaullistische Minister und Vorsitzende der UDR, Louis Terrenoire, mit anderen Unterzeichnern, im Einklang mit der ASFA (Assoziation für französisch arabische Solidarität), es handle sich darum, Positionen zu umreißen, die von Frankreich und anderen Ländern West- und Osteuropas im Palästinakonflikt eingenommen werden sollten, wobei jedoch ein Satz des Manifestes besondere Bedeutung habe: Europa müsse eine "gleichberechtigte und garantierte Koexistenz der beiden ethnischen Elemente anstreben, die gegenwärtig im Kampf um palästinensischen Boden stehen".

Präsident Pompidou und der in Nahostfragen gleichfalls sehr aktive Verteidigungsminister Michel Debré beteiligen sich zwar nicht öffentlich an der Debatte über das "Mittelmeermanifest", doch weiß man, daß der Nahostkurs des Elysée im wesentlichen von ähnlichen Gedankengängen inspiriert ist. Die amtlichen Äußerungen und diplomatischen Demarchen sind notwendigerweise nuancierter als die Proklamationen von Persönlichkeiten, die derzeit keine direkte Regierungsverantwortung haben.

## Zeitungen und Zeitgeschichte

### Eine Untersuchung über die Zeitungen der US-Armee für Deutsche

Unter dem Titel "Die Zeitungen der US-Armee für die deutsche Bevölkerung (1944-1946)" ist jetzt als Band 12 der "Bremer Reihe" der von Prof. Dr. Henk Prakke in Verbindung mit Dr. Elger Blühm (Leiter der Abteilung Presseforschung der Staatsbibliothek Bremen/Universitätsbibliothek im Aufbau) herausgegebenen "Studien zur Publizistik" erschienen. Dabei handelt es sich um eine Untersuchung von Elisabeth Matz, die eine zusammenhängende Darstellung der von der US-Armee für die deutsche Bevölkerung publizierten Zeitungen gibt sowie Ursprung, Verlauf und Abschluß der ersten Phase in der Entwicklung der Presse nach dem Zweiten Weltkrieg im amerikanischen Besatzungsgebiet Deutschlands schildert, zu dem bekanntlich auch Bremen und Bremerhaven gehörten. So erschien in Bremen von Juni bis September 1945 der "Weser Bote".

Alle von der US-Armee veröffentlichten Zeitungen waren als Propaganda-Medien bestimmten politischen Zielen untergeordnet und hatten in diesem Rahmen einen konkreten Zweck zu erfüllen. Von Ende 1944 bis zur Kapitulation Deutschlands im Mai 1945 dienten sie als Mittel psychologischer Kriegsführung der Unterstützung der alliierten Kriegspolitik, danach der Besatzungspolitik, vornehmlich der "Reeducation". Elisabeth Matz versucht, nachzuvollziehen, welche konkreten Aufgaben sich für die Zeitungen während der einzelnen Phasen der Kriegs- und Besatzungspolitik stellten, wie die Herausgeber diese Aufgaben innerhalb der durch die Politik gesteckten Grenzen lösten, z.T. aber auch darüber hinaus sich einen eigenen, auf persönlicher Konzeption begründeten Aufgabenbereich schufen. Die Entwicklung von den Propaganda-Zeitungen über lokale Blätter mit propagandistischer Intention bis hin zur profilierten, anspruchsvollen "Neuen Zeitung", die keine propagandistischen Funktionen im engeren Sinne, aber erzieherische Aufgaben hatte, ist nachgezeichnet worden.

Ihrem Buch über Alfred Kantorowicz' Zeitschrift "Ost und West", das 1968 als 10. Band der "Bremer Reihe" der "Studien zur Publizistik" erschien, hat Barbara Baerns ein grundlegendes Kapital vorangestellt, in dem der "Neuaufbau des Pressewesens in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (1945-1949)" geschildert wird. Es muß als erfreulicher Umstand betrachtet werden, daß in derselben Buchreihe schon nach Jahresfrist mit der Schrift von Elisabeth Matz eine Darstellung folgen kann, die den publizistischen Neubeginn in den von den Amerikanern besetzten Gebieten Deutschlands zum Gegenstand hat. Beide Arbeiten unterscheiden sich in Anlage, Aufgabenstellung, Zeit- und Stoffumkreis. Dennoch sind sie Beiträge zum gleichen Thema. Sie geben - jede auf ihre Weise und auf ihrem Gebiet - Antworten auf die Frage nach Voraussetzungen, Ursprung und Beginn der jüngsten deutschen Pressegeschichte und erhellen - da Pressegeschichte immer zugleich auch ein Teil der politischen Geschichte ist - im Rahmen des ihnen gegebenen Blickwinkels die historischen Umstände, welche die erste Phase der deutschen Nachkriegsgeschichte kennzeichnen. Zu den Ursprüngen aber muß man zurückblicken, will man die Gegenwart begreifen und für die Zukunft sorgen.

Der 174 Seiten starke Band ist im Verlag C.-J. Fahle GmbH., Münster/Westf., erschienen und kostet broschiert 9,90 DM.